

Absender/-in

.....  
.....  
.....



**100%** für den **Frieden**  
statt **2%** fürs **Militär**

An

.....  
.....  
.....

Die Bundesregierung steuert das NATO-Ziel, 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung auszugeben, in angemessenen Schritten an.

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, in einem Interview am 12. Dezember 2016

Sehr geehrte Frau / geehrter Herr \_\_\_\_\_,

der Etatentwurf für den Bundeshaushalt 2018 sieht eine Erhöhung der Ausgaben für Rüstung und Militär um rund 1,4 Milliarden Euro vor. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble wollen so schrittweise einer bestehenden NATO-Vereinbarung und der Forderung von US-Präsident Donald Trump nachkommen: Bis 2024 sollen die Ausgaben für Verteidigung auf 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erhöht werden. Das entspräche nahezu einer Verdopplung des Verteidigungsetats auf über 70 Milliarden Euro.

Mit ersten Schritten hin zu einer Friedens- und Sicherheitspolitik, die auf Diplomatie, Entwicklungszusammenarbeit und Zivile Konfliktbearbeitung setzt, hat sich die Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren viel Anerkennung verdient. Diese Politik erkennt die Ursachen der sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit und berücksichtigt, dass sie sich nicht mit militärischen Mitteln lösen lassen.

Ich möchte im Deutschen Bundestag von Abgeordneten vertreten werden, die zu 100 Prozent für eine solche Friedens- und Sicherheitspolitik stehen!

Bitte teilen Sie mir mit, ob Sie sich im Falle Ihrer Wahl für folgende Positionen einsetzen:

- **FÜR** eine Stärkung von Diplomatie, Entwicklungszusammenarbeit und Ziviler Konfliktbearbeitung.
- **GEGEN** die geplante Erhöhung des Rüstungsetats und eine einseitig militärische Verteidigungspolitik.

Mit freundlichen Grüßen

\_\_\_\_\_  
Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

